

# list

# linke liste • solidarische stadt

Themen dieser Zeitung: Für eine offene Stadt ++ Privatisierung ++ Wahlrecht für alle MigrantInnen ++ Erfahrungen aus Wiwili ++ Pro soziale Bau- und Grundstückspolitik ++ Soziale Verelendung ++ Eigenständige Frauenpolitik ++ Gespräch mit Jürgen Höfflin ++ Bildung darf keine Ware werden ++ Freiburger Sozialforum ++ Demokratische Stadtentwicklung ++ Verkehrspolitik ++ Ladenöffnung ++ bestenfalls erste Schritte ++ Soziale und ökologische Wirtschaftsförderung ++ ++ Amanda Miller ++ Kunst - Menschen träumen

Extrablatt zur Kommunalwahl am 13. Juni 2004

linke liste • solidarische stadt • wilhelmstr. 15 (spechtassage) • 79098 freiburg • www.lisst.de • kontakt: info@list.de

## Wider die Enteignung öffentlichen Eigentums

So wie Vergesellschaftungen eine Enteignung privaten Eigentums darstellen, so beinhalten Privatisierungen eine Enteignung öffentlichen Eigentums.

Privatisierung wird seit Jahren vielfältig betrieben: städtische Ämter wurden zu Eigenbetrieben umgewandelt oder in GmbHs; Wohnversorgung (Stadtbau), städtische Märkte (FWT) und öffentlicher Verkehr (VAG) wurden schon vor Jahren privatisiert. Der Abwasser/Abfallbereich arbeitet auf privatrechtlicher Basis, der Einfluß der e.on-Tochter Thüga wurde durch die badenova-Fusion maßgeblich gestärkt. Im Gespräch sind aktuell die Umwandlung der Städtischen Bühnen in einen Eigenbetrieb, des Abenteuerspielplatzes und städtischer Bäder in privat betriebene Unternehmen.

**Enteignung kommunalen Eigentums** kommt aber auch in anderer Gestalt daher:

Die Stadtbau GmbH besitzt ca. 8.500 Wohnungen (für über 20.000 Menschen). Seit 1999 hat sie über 1000 Wohnungen verkauft, weitere 500 sollen dieses Jahr folgen, mit dramatischen Auswirkungen: Investoren steigern die Miete (nach Renovierung) von 3 bis 4,5 auf 5 bis 7 €/qm und machen sie tendenziell für die MieterInnen unerschwinglich (während die städtischen Ausgaben für Wohngeld steigen!). Auf preisgünstige Wohnungen angewiesene Menschen werden verdrängt. Die Freiburger Stadt- bau kommt ihrem ureigenen sozialen Auftrag immer weniger nach. Die Möglichkeit, Leute aus der Notfalkartei mit Wohnungen zu versorgen, sinkt. Die Kasernen auf Vauban wurden abgerissen, genauso wie die Häuser in der Spittelackerstraße. Dort entstehen Eigentumswohnungen.

Fast einer Vernichtung öffentlichen Eigentums kommt der von der Stadt- bau beim Verkauf von Wohnungen erzielte Schleuderpreis gleich (knapp 550 €/qm), zumal die entsprechenden Mietentnahmen nun ja fehlen.

**Für eine Vergesellschaftung der politischen Debatte**  
Die Diskussionen um badenova-Fusion und Spittelackerstr. wurden von unserer Fraktion wesentlich mitgeprägt. Auf die Entscheidungen hatten wir letztlich keinen wesentlichen Einfluss. Um wirklich der Privatisierung öffentlichen Eigentums erfolgreich entgegenzutreten, wäre eine mächtige öffentliche Debatte in der Stadt nötig gewesen. Dies ist uns nur in Ansätzen gelungen. Die linken und alternativen Kräfte politisch zu stärken, um künftig derartige politische Kampagnen erfolgreich zu initiieren, ist hierfür genauso Voraussetzung wie die Überwindung der Trennung von außerparlamentarischer Bewegung und parlamentarischer Opposition.

Hendrik Guzzoni



Vom 22.-25. April 2004 fand in Freiburg das erste grenzüberschreitende Sozialforum statt.

Foto: Winfried Cordi

## Politik für Alternativen

Freiburg ist eine Stadt mit vielen Vorzügen und im Ranking der beliebtesten Orte immer auf vorderen Plätzen. Ein wesentliches Merkmal der Menschen dieser Stadt war und ist die hohe Bereitschaft, sich selbst um die wichtigen kommunalen Angelegenheiten zu kümmern, angeblich unverrückbaren Vorgaben von oben stets kritisch gegenüber zu treten und auch über den eigenen Tellerrand hinaus zu schauen.

Aktionen wie die Verhinderung des AKW Wyhl zusammen mit den Kaiserstühler Bauern bis hin zum "Aufstehen für eine offene Stadt", als die NPD durch Freiburg marschieren wollte, sprechen genau so dafür wie die große Unterstützung der Städtefreundschaft mit Wiwili in Nicaragua und die vielen Gruppen und Initiativen, die sich der Solidarität mit den Menschen der "Einen Welt" verschrieben haben. Und eine überdurchschnittliche Sensibilität für Fragen der Umwelt ist über die Region hinaus Teil des Freiburger Images - ob zu Recht oder nicht ...

Auch die BürgerInnen dieser Stadt sehen sich konfrontiert mit einer Krise, deren Auswirkungen sie tagtäglich zu spüren bekommen: Schwimmbäder werden geschlossen, Büchereien und Museen kosten Ein-

tritt, Vereinen werden die Mittel zusammengestrichen und Familien-, Senioren- und Arbeitslosenpass wird einkassiert. Auf der anderen Seite nimmt der Staat, insbesondere den zuvor schon Benachteiligten erhebliche Teile ihrer Einkünfte, werden Renten und Arbeitslosenhilfe gekürzt und immer mehr Beschäftigte in prekäre Arbeitsverhältnisse abgedrängt. Das Bedrückende und gleichermaßen ärgerliche in dieser Situation ist die Erfahrung, dass nahezu alle politisch Verantwortlichen, ohne Unterschied, der großen Hoffnungslosigkeit das Wort reden: "Alternativlos" nennen Grüne und SPD genau so wie CDU, FDP und sogar "junges Freiburg" ihre Politik der einseitigen Belastung Vieler, des massiven Sozialabbaus, der sozialen und kulturellen Ausgrenzung und der Entsolidarisierung der Gesellschaft.

Die Menschen haben begonnen, an dieser behaupteten Alternativlosigkeit zu zweifeln. Sie beginnen, im Gegensatz zu den Parteien, über Alternativen nachzudenken. Sie wollen Gegenmodelle diskutieren und von unten durchzusetzen beginnen.

Deshalb kandidieren wir für den Gemeinderat.

Martin Klauss

## Eine andere Stadt ist möglich

Wir haben die Vision einer Stadt, in der die Menschen Alternativen zur herrschenden Politik entwickeln und die Politiker lernen, dies zu akzeptieren. Eine Stadt, in der Demokratie praktiziert wird. Der erste Schritt auf diesem langen Weg wäre die Bereitschaft von Stadtverwaltung und Gemeinderat, Macht an die Menschen dieser Stadt abzugeben. Die Nagelprobe darauf ist die Erstellung und Verabschiedung des städtischen Haushaltes. Hier werden die Weichen gestellt. Wir wollen erreichen, dass die Stadtteile eigene Budgets bekommen, über deren Verwendung im Stadtteil diskutiert und beschlossen wird. Und dass in gesamtstädtischen Fragen stadtteil- und themenbezogenen Prioritätenlisten erstellt werden, die der Gemeinderat bei seiner Entscheidung respektiert. Ein Weg demokratischer Willensbildung, der in der 1,3 Mio. Stadt Porto Alegre begann und inzwischen von vielen Gemeinden weltweit in verschiedenen Formen beschrritten wird.

Wir wollen erreichen, dass auf diesem Weg die Vorherrschaft von Parteipolitik und Wirtschaftsinteressen gebrochen wird. Diese führt immer wieder zu gravierenden Fehlentscheidungen, wie zuletzt dem 30 Mio. teuren Ausbau der Neuen Messe, mit jährlichen Folgekosten von rund 1,8 Mio. €.

Wir wollen, dass Städte und Gemeinden so behandelt werden, dass sie zu den entscheidenden Orten der Politik werden, denn sie sind Orte des unmittelbaren, konkreten Lebens. Dass Alte, Behinderte und Arme nicht ausgegrenzt werden, dass unterschiedliche Kulturen miteinander leben, dass Arbeitslose ihre soziale Würde behalten, Frauen Beruf und Familie verbinden können, Menschen ihren Bildungsstand verbessern: all das wird in Städten und Gemeinden geschehen oder es wird nicht geschehen. Demokratische Zugehörigkeit werden die Menschen in den Kommunen erleben oder die Verabschiedung aus dem Gemeinwesen wird weitergehen.

Um das zu erreichen, müssen wir zusammen für die Durchsetzung unserer elementaren Interessen streiten. Es darf nicht sein, dass Straßenbahnen und Busse für viele Menschen in der Stadt zu teuer sind, dass diejenigen, die kein Geld für eine Reise in die Südsee haben, im Sommer vor verschlossenen Bädern in Freiburg-West oder Haslach stehen; wir können eine solche Politik nicht akzeptieren. Es geht nicht an, in einer der reichsten Gesellschaften der Welt eine Politik zu betreiben, bei der die öffentliche Hand und besonders die Kommunen verarmen im Interesse der wirtschaftliche Mächten und gegen die Interessen der Bürger.

Michael Moos

# die alternative: list in den Gemeinderat!

## Für eine offene Stadt

Aufgrund meiner persönlichen (ich lebe seit etwa 20 Jahren in Freiburg und bin seit vier Jahren Mitglied des Ausländerbeirats) und meiner beruflichen Erfahrung (ich arbeite seit circa 15 Jahren im Sozialbereich und im Migrationsdienst) möchte ich hier klarstellen, dass wir Ausländer hier in Freiburg zwar nicht so häufig tätlichen Aggressionen ausgesetzt sind wie anderswo, was ja an sich schon begrüßenswert ist, aber dass sich Freiburg hinsichtlich der Integration der Ausländer bzw. eher ihrer Nicht-Integration keineswegs von anderen Städten in Deutschland unterscheidet. Es genügt ein Gang durch die Stadt, um festzustellen, dass auf den Schildern der freiberuflich Tätigen, wie z.B. der Ärzte, Anwälte, Steuerberater etc. kaum ein ausländischer Name zu finden ist; dasselbe Bild ergibt sich in der Verwaltung, bei den Lehrern in der Schule und auch bei den Parteien. Dies ist um so befremdlicher als Deutschland ja ein Einwanderungsland ist und Freiburg sich gerne das Image einer offenen Stadt gibt. Es ist deshalb wichtig, dass im neuen Gemeinderat Entscheidungen getroffen werden, die dazu beitragen, dieses Defizit hinsichtlich der Ausländer auszugleichen.

Ich halte es für wesentlich, dass der neue Gemeinderat eine Politik verfolgt, die der kulturellen Verschiedenheit der Bürger der Stadt mehr Rechnung trägt. Ich sehe die Notwendigkeit struktureller Veränderungen innerhalb der Verwaltung mit dem Ziel, eine "integrierte" Stadt zu schaffen, eine gerechte und solidarische Stadt, in der jeder seinen Platz finden und sich vertreten fühlen kann. Eine solche Regierungskultur kann aber nur dann entstehen, wenn auch die Migranten in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Es kann nicht angehen, dass Gremien wie der Ausländerbeirat, welcher keinerlei Entscheidungsbefugnis besitzt, das Organ zur Vertretung der Interessen der Ausländer ist. Deshalb brauchen wir neue Formen der Demokratie von unten, die mit den nötigen finanziellen und technischen Mitteln und den entsprechenden Befugnissen ausgestattet werden, um eine - angesichts der multikulturellen Situation in unserer Stadt - konstruktive und initiativ Rolle spielen zu können.

Gianfranco Rizzuti

## Demokratische Stadtentwicklung

Freiburg braucht einen politischen Inhalt für den neuen Flächennutzungs- und Verkehrsentwicklungsplan. Die Verwaltung darf nicht mehr mit autoritären Raffinessen den Gemeinderat benutzen; eine demokratische, mündige Bürgerschaft bestimmt über die Entwicklung ihrer Stadtteile, Plätze und Straßen. Die BürgerInnen wissen besser als die Verwaltung in den Amtsstuben, wo es Probleme gibt. Deren Spezialisten können der Bürgerschaft mit ihrem Fachwissen dienen.

Vision und Ziel ist intelligente Stadtentwicklung im Innen- ohne weiteren Flächenverbrauch im Außenbereich. Der Boden der Stadt und ihres Umlandes ist nicht vermehrbare; er ist für kommende Generationen frei zu halten.

Für eine intelligente Innenentwicklung sind in offenen Wettbewerben Regeln zu entwickeln. Dabei darf der Bestand der Grün- und Gewässerflächen nicht verringert werden. Die Identität der Stadtteile soll ausgebaut, ihre Innenbereiche in Fußgängerzonen verwandelt und durch ein Netz von öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV) zum Nulltarif verbunden werden. Sie sind mit Dienststellen der Verwaltung, Bürgerhäusern, Einrichtungen für Kultur und Bildung, Soziales, Sport und Freizeit etc. auszustatten. Die Erschließung für den motorisierten Individualverkehr erfolgt von einem in sich geschlossen regionalen Straßensystem fächerartig, der öffentliche Straßenraum wird vom ruhendem Verkehr befreit.

Immo Kirsch



Die nach der Ermordung von Tonio Pflaum lebendig gewordene Freundschaft zu den Menschen in Wiwili führte zur Unterstützung des Baus einer Trinkwasserleitung. Während dieser Arbeit wurde auch Bernd Koberstein von der Contra brutal ermordet. Im März besuchte erstmals eine offizielle Delegation der Stadt Freiburg Wiwili in Nicaragua. Foto: Marlu Wuermell-Klauss

## Welche Erfahrungen nehmen wir mit aus Wiwili?

Eine andere, eine solidarische Welt muss möglich gemacht werden. An diesem Projekt arbeiten wir gemeinsam mit unseren FreundInnen aus dem Süden. In Nicaragua und in Wiwili haben wir diese FreundInnen kennen lernen dürfen: Menschen, die sich für den Erhalt der Umwelt einsetzen, die für diese Idee Mehrarbeit auf sich nehmen, obwohl sie selbst am Existenzminimum leben. Aufforstung, Erosionsschutzmaßnahmen, Diversität von Produkten, biologischer Pflanzenschutz sind nur einige Beispiele. Wir lernten Frauen kennen, die im Frauenhaus (Casa Materna) Frauen helfen, die wegen bevorstehender Geburt dringend Hilfe bedürfen, und dies, obwohl sie selber sehr bedürftig sind. Wir lernten Gastfreundschaft kennen, die uns, die wir aus dem reichen Deutschland kommen, fast beschämte. Wir lernten, dass die Revolution in Nicaragua noch lange nicht am Ende ist. Wir

lernten Landarbeiter von Bananenplantagen kennen, die wochenlang einen Sitzstreik vor dem Parlament machten, unter Plastikplanen lebten, um für sich und ihre Leidensgenossen elementare Rechte zu erhalten. Wir lernten, dass Entwicklungshilfe nicht nur ein Geben und Nehmen bedeutet, dass es nur sinnvoll ist, Projekte ausschließlich unter Mitwirkung aller durchzuführen. Wir lernten, dass auch kleine Bausteine ein großes Gebäude schaffen können, ein Solidaritätsgebäude, das viel Arbeit, aber auch Utopien und Visionen beinhaltet. Wir konnten stolz sein auf die Arbeit der Freiburger Wiwili-Gruppe und vor Ort von ADEM, auf die vielen erfolgreich durchgeführten Projekte, die vielen Menschen ein Dach über dem Kopf, fruchtbaren Boden und sauberes Wasser, den Kindern Schulunterricht, den Kranken Hilfe gebracht haben.

## Wahlrecht für alle MigrantInnen

Die Forderung nach politischer Gleichstellung der MigrantInnen ist fester Bestandteil der politischen Arbeit der Linke Liste-Solidarische Stadt. Das Kommunale Wahlrecht für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Freiburg haben, gehört zu den elementaren Bestandteilen des demokratischen Staatswesens.

Erfahrungen mit dem kommunalen Wahlrecht für EU-BürgerInnen zeigen, wie wichtig die Frage der politischen Partizipation via Wahlrecht für den Integrationsprozess ist. Dies ist zumindest die Einschätzung derer, die nun einige Jahre Erfahrung als kommunale Mandatsträger ausländischer Herkunft aufweisen können.

Selbstverständlich unterstützen wir die Einführung der Doppelten Staatsbürgerschaft. Dies ist für uns jedoch nach wie vor nur eine "Krücke". Die Notwendigkeit, allen Menschen politische Mitbestimmungsrechte einzuräumen, darf nicht von der "richtigen" Staatsangehörigkeit abhängig gemacht werden.

### Muttersprachlicher Unterricht

Die Lisst fordert die Umsetzung und auch die Ausweitung von schulischen Fördermaßnahmen für nicht deutsche SchülerInnen, die Einführung muttersprachlichen Unterrichts in bisher nicht angebotenen Herkunftssprachen, den Ausbau bilingualer Schulzüge unter besonderer Berücksichtigung der Hauptherkunftsländer, die Anerkennung in der EU erworbener LehrerInnen-Diplome, die Fortführung der Hausaufgabenhilfe sowie Deutschunterricht zur Berufsvorbereitung.

M. Pilar Buesa y Blanco  
(Ausländerbeiratvorsitzende)

## Kunst - Menschen träumen

Um zu fliegen brauchten die Menschen nicht zuallererst Flugzeuge. Zuallererst brauchten sie den Traum vom Fliegen (Ernst Köhler).

Beim 3. Weltsozialforum im Januar 2003 in Porto Alegre nahm die Diskussion um eine "andere" Kulturpolitik einen breiten Raum ein. Dabei standen zwei Überlegungen im Mittelpunkt. Zum einen eine Kulturpolitik zu entwickeln, zu fordern und zu fördern, die die Menschen mit einbezieht. In Porto Alegre z.B. gibt es regelmäßig Straßenkino für Jugendliche, bei denen ein fließender Übergang zum Laientheater vorhanden ist, in dem die Jugendlichen ihre Lebenssituation, aber eben auch ihre Wünsche und Träume als Theater spielen, oftmals in dem sie Kinostücke "weitspielen". Faszinierend ist dabei, dass der Graben zwischen Kunst-ProduzentInnen und Kunst-KonsumentInnen weitgehend aufgehoben wird und damit in gewisser Weise eine Anknüpfung an Joseph Beuys, der die künstlerische Auffassung vertrat, "jeder Mensch ist ein Künstler", vollzogen wird. Die zweite Überlegung auf dem Weltsozialforum war, eine Kultur zu fördern, die



Nicht nachvollziehbare Verschwendung: Der teure Abriss eines sehr gut erhaltenen Gebäudes in Freiburg durch die Stadt (nach Räumung der Instandbesetzung) in Zeiten der Wohnungsnot

## Pro soziale Bau- und Grundstückspolitik

Die Lisst setzt sich mit voller Kraft für bezahlbaren, gesunden und selbstbestimmten Wohnraum ein; insbesondere für: Einkommensschwächere, allein Erziehende, Familien, Behinderte, alleinstehende Wohnungslose und Studierende - unabhängig von Alter und Nationalität.

Die Wohnungsnot in Freiburg hat sich weiter zuspitzt - die "bürgerlichen" Parteien nehmen dies "bedauernd", doch völlig untätig zur Kenntnis. Über 1200 soziale Mietwohnungen sind Anfang 2004 aus der Sozialbindung gefallen. Gleichzeitig verkauft die Stadt weitere große Teile aus dem städtischen Bestand an Baulöwen und lässt darüber

hinaus gesunde Bausubstanz in großem Stil für Unsummen an Steuer-Geldern abreißen. Alles mit der Zustimmung einer noch breiten Mehrheit im Gemeinderat. Dies wollen wir mit Ihrer/Eurer Hilfe ändern!

Die Lisst kämpft kompetent und entschlossen für eine grundsätzlich andere Bau- und Grundstückspolitik.

Trotz der von der Landesregierung verantwortungslos fast gänzlich gekürzten Mittel für den "sozialen Mietwohnungsbau" hat die Stadt Freiburg selbst reale Möglichkeiten, sofort und direkt durch wirksame Kommunalpolitik die Wohnungsnot zu bekämpfen - zum Teil, ohne den städtischen Haushalt durch zusätzliche Ausgaben zu belasten.

Durch die Vergabe von Grundstücken und Immobilien auf der Basis verbilligter sozial gebundener Erbbaurechte (Erbbauszinsen 1-2%) sowie erschwierlichem und sozial gebundenem Verkauf stadteigener Liegenschaften an gesellschaftlich oder in MieterInnenvereinen organisierte Träger (statt diese an gewinnorientierte Spekulanten zu verschern!).

Weitere Ziele und Maßnahmen der Lisst:

Förderung kollektiver Wohnformen für Alt und Jung, wider die Vereinzelung! Qualität statt Schlafsilos und Wohnklos. Unterstützung alternativer Wohnformen und neuer Selbsthilfe-Projekte (wie z.B. SUSI, Grether-Fabrik, Wohnen auf Rädern u.ä.).

"Die Häuser denen, die drin wohnen!"

Bobby Glatz

## Verkehrspolitik

Jahrelang hielt Freiburg sein Ringsystem, durchaus zu Recht, für eine gelungene Verkehrsmaßnahme, konnte doch damit die Innenstadt zur Fußgängerzone umgebaut werden. Mittlerweile hat der Durchgangsverkehr in allen Richtungen beträchtlich zugenommen. Weder der Ausbau der B31, noch ein in ferner Zukunft liegender Stadttunnel, werden die Belastungen durch zahllose Lkw und Personenwagen entscheidend ändern. Eine Wende in der Verkehrspolitik ist unabdingbar geworden. Die Zukunft erfordert neue urbane Lebensräume: Stätten für soziale und kreative Kommunikation und Orte der Begegnung. Dies kann nur mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen erfolgen. Eine Unterbrechung des Rottdeck/Werderrings für den Durchgangsverkehr hat für uns Priorität.

Grundsätzlich gehen unsere Vorstellungen über die vorrangige Behandlung von Bus und Bahn gegenüber dem Autoverkehr seit langem über die anderer Fraktionen hinaus. Ziel bleibt, aus ökologischen und sozialen Gründen, einen möglichst kostengünstigen, irgendwann kostenlosen Nahverkehr, wie er heute schon bei Sportclub-Spielen und Messen Wirklichkeit ist. Alle sinnvollen Schritte in diese Richtung finden unsere Unterstützung.

Bernd Kirchhoff

### Wussten Sie schon ...

... dass wir - erfolglos - im Gemeinderat beantragt hatten, die Gebühren für Sondernutzung der Gehwege und Plätze in der Innenstadt durch die Kaufhäuser u.a. zu erhöhen, um die Flut von Dreieckstafeln und Warenangeboten einzudämmen und der Stadt Mehreinnahmen zu verschaffen, jetzt aber immerhin eine Überprüfung durch die Verwaltung erfolgt.

... dass wir seit 1 1/2 Jahren darauf warten, dass die Stadt die von uns vorgelegten Zahlen zur Auswirkung einer von uns beantragten Gewerbesteuererhöhung als richtig bestätigt. Aus den Zahlen ergibt sich, dass nur die mit sehr hohen Gewinnen arbeitenden Betriebe überhaupt betroffen wären. OB Salomon hatte in öffentlicher Sitzung die Richtigkeit dieser Zahlen bezweifelt.

Hendrikk Guzzoni

## Erste Schritte zu einer neuen Linken

Als vor gut zwei Jahren "die alternative" mit Michael Moos einen eigenen Kandidaten in den OB-Wahlkampf schickte, da war das ein Zeichen für einen Aufbruch innerhalb der links-alternativen Kräfte der Stadt. Gegen die hergebrachten Rathausparteien gerichtet, trat "die alternative" ein für unmittelbare Bürgerinnen- und Bürgerrechte, für eine Politik von unten nach oben, für soziale Gerechtigkeit und für die Gleichberechtigung der Geschlechter und Kulturen. Über die traditionelle Linke hinausgehend, suchte "die alternative", wie die sozialen Bewegungen von attac und des internationalen Sozialforums, nach neuen Antworten auf die globale Ausweitung des Kapitalismus, das Verschwinden des Industrieproletariats, das Ende des Staatssozialismus und das Scheitern des marxistischen Parteienkonzepts. So, als Sammlung der sozial engagierten, herrschafts- und machtkritischen Kräfte in Freiburg kam sie zu ihrem Erfolg, - ein Erfolg, auf den OB, Grüne und SPD inzwischen im Gemeinderat mit den hilflosen Diffamierungen "populistisch" und "realitätsfern" reagieren. So habe auch ich mich seinerzeit in der "alternative" engagiert und durch aktive Mitarbeit versucht, eine Neubestimmung linksalternativer Positionen in dieser Stadt zu fördern. Deshalb unterstütze ich nun auch die "Liste solidarische Stadt" mit ihren Mitgliedern aus der "alternative" und ihrem Spitzenkandidaten Michael Moos. Ich werde am 13. Juni meine Stimmen der **lisst** und den "Unabhängigen Frauen Freiburg" geben und

erwarte, daß beide wieder eine - hoffentlich verstärkte - gemeinsame Fraktion im Gemeinderat bilden. Denn die Geschlechterfrage ist eines der Probleme, an denen sich zeigt, daß linke Politik und Gesellschaftstheorie neue Wege gehen müssen, um den Herausforderungen durch die neue Gestalt des Kapitalismus zu begegnen. Bei diesen neuen Wegen kommt der Arbeit in den Kommunen besondere Bedeutung zu; bisher aber haben wir, zumal in Freiburg, praktisch und theoretisch bestenfalls erste Schritte dahin unternommen.

Prof. Dr. Hans Peter Herrmann

## lisst tritt ein für sozial und ökologisch ausgerichtete Wirtschaftsförderung

Freiburgs Titel "Öko-Hauptstadt" begründet sich weniger auf städtischer Wirtschaftsförderung, als auf bundesweit beachteten Initiativen von Umweltschutzgruppen u.ä. unserer Stadt. Freiburg ist auch eine Stadt der Wissenschaft mit Uni, Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft etc.; hier ist ein breiter Fächer an Expertise und Erfahrung vorhanden, der bislang nur unzulänglich für die Anziehung moderner High-Tech-Betriebe, insbesondere im Bereich Umwelt / Energie, genutzt wurde. Mehr städtische Initiative auf diesen Gebieten fördert Arbeitsplätze, die auch Handwerk und Handel stimulieren werden.

## Brauchen wir heute noch eine eigenständige Frauenpolitik - wir haben doch Gender?

Gender Mainstreaming (= Geschlechterdemokratie, Geschlechtergerechtigkeit), das neue Zauberwort, viel benutzt und viel zu oft missbraucht. Bei mir hinterlässt es häufig so eine Ahnung, dass die Nutzer und -innen nur selten wissen, was sich genau hinter diesem Begriff verbirgt. Dieses Nichtwissen hindert Verwaltungen und Unternehmungen aber nicht daran, bisherige Frauenstrukturen einzusparen, weil ja jetzt eine scheinbar bessere Strategie "von oben" wirkungsvoller die Rechte von Frauen und Männern durchsetzen hilft, als die mühsam "von unten" erkämpften Fortschritte, Chancen und Rechte.

Trotz rechtlicher Gleichstellung und beachtlicher Fortschritte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der westlichen Industriestaaten im Vergleich zu vielen Ländern der Welt, gilt es auch bei uns, die Augen vor benachteiligenden Lebensbedingungen von Frauen nicht zu verschließen.

Es gibt keine zukunftsorientierte Alternative zu

• Paritätischer Machtbeteiligung von Frauen und Männern in allen Entscheidungsprozessen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik

- Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbsleben
- Partnerschaftliche Teilung von Erwerbs- und Familienarbeit
- Verbesserte Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Eigenständige soziale Sicherung von Frauen
- Gesellschaftliche Ächtung von Gewalt gegen Frauen

Wir werden in der **lisst** vor allem auf der kommunalen Ebene für diese Verbesserungen intensiv kämpfen! Inge Tritz

## Amanda Miller

Leiterin vom Ballett Freiburg und der Pretty Ugly Company, hält sich zur Zeit im Auftrag des Goethe-Instituts in Neuseeland auf. Zur Saison 2004/05 wird sie Freiburg leider verlassen. Nachfolgend Auszüge aus einem Brief, den sie auf unsere Anfrage hin zu ihren Eindrücken vom Kulturleben in Freiburg geschrieben hat:

"... Ich schätze, wenn Freiburg versuchen würde, die Künste mehr in das alltägliche Leben einzubeziehen, gäbe es schlicht durch Erziehung viel bessere Chancen für die Kunst sich zu entwickeln. Dadurch würde ein wirklicher Respekt für "Kunst" bestehen wodurch die Kultur besser erhalten werden könnte ...

... Ich denke Freiburg hat eine Menge positives Potential, eine Menge unbekannter Künstler, die ihren Weg finden wollen, eine Menge Künstler, die ihren Weg schon gefunden haben; und es gibt ein sehr gutes und neugieriges Publikum, das nicht unterbewertet werden sollte ..."

## Privatisierung

Ob Schwimmbäder, kulturelle- oder Sozialeinrichtungen, überall scheint Privatisierung der Ausweg aus der Finanzkrise der Stadt zu sein. Dabei wird suggeriert, unter privater Regie laufe alles viel besser. Doch tatsächlich sind die vielfältigen Erfahrungen in und mit privatisierten Betrieben wie Post, Telekom, Bahn weitgehend negativ.

Ein dramatischer Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen wird dort von Einschränkungen der Leistungen beim Bürger begleitet. Bei der Post wurde jeder dritte Briefkasten im Stadtgebiet entfernt, Filialen geschlossen und die Zustellbezirke viel zu stark vergrößert. Der Vernichtungswettbewerb der privaten Reinigungsdienste untereinander lässt die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten (vorwiegend Frauen) bei abnehmender Reinigungsqualität auf der Strecke bleiben.

Wir werden - im Stadtrat wie auch außerparlamentarisch - eine Privatisierungswelle als Teil einer neoliberalen Umverteilungspolitik und die Verschleuderung von öffentlichem Eigentum bekämpfen. Optimistisch stimmt uns, dass es noch bei keiner Bürgerentscheidung zu einer Mehrheit für Privatisierung gekommen ist. Zuletzt hatten in Hamburg 74% der WählerInnen eine Krankenhaus-Privatisierung abgelehnt.

Manche sagen, staatliche bzw. öffentliche Betriebe wären nicht effizient genug. Dem entgegen wir: Jawohl, Veränderungen sind dringend notwendig. Aber nicht durch weitere Einschränkung der Mitbestimmung der Beschäftigten und völligen Abbau des Einflusses der BürgerInnen, sondern durch deren Ausweitung. Nicht die Maximierung von Gewinn soll das wichtigste Ziel sein, sondern eine soziale und solidarische Stadtentwicklung. Dafür treten wir ein.

Werner Siebler

## "Soziale Verelendung"

bedeutet, dass immer mehr Menschen in ihrer Stellung als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft an Anerkennung und Teilhabe verlieren, ausgegrenzt werden, ihre Existenz bedroht sehen und in finanzieller Hinsicht verarmen. Ausgrenzung findet auch im "liebesswerten und sauberen" -wie es auf dem Transparent vor dem Rathaus heißt- Freiburg statt. Zu einem menschenwürdigen Leben gehört z.B. das Recht auf Wohnraum, eine finanzielle Grundversorgung, die Teilhabe an Bildung und kulturellen Veranstaltungen und die Möglichkeit zu sozialen Kontakten. Hier leben Menschen auf der Straße, andere zahlen für ein 10 m<sup>2</sup>-Zimmer im Hochhausblock 300 € Miete. Flüchtlingen wird oft weniger Raum zugestanden als einem Auto. Trotzdem werden bewohnbare, städtische Gebäude sogar abgerissen. Wer zu einem miesen Lohn für den Lebensunterhalt arbeitet, wird es sich nicht zweimal überlegen, ob er/sie den Abend vor dem Fernseher oder im Theater verbringt. Wenn bereits an Grundschulen Kinder nicht nach ihren Fähigkeiten für den weiterführenden Zweig eingestuft werden, sondern nach dem "Status" ihrer Eltern, dann ist es nicht verwunderlich, dass sich an der Uni kaum Studis aus sog. ArbeiterInnenfamilien finden. Auf diese Weise werden gesellschaftliche Positionen "vererbt". - Der Begriff "soziale Verelendung" lässt sich auch anders betrachten: Ein gesellschaftliches Armutszeugnis geben diejenigen aus Politik und Wirtschaft ab, die diese Situation dulden oder gar fördern. Wer erzählt: "Wir müssen alle sparen" und mit dieser Begründung Gelder für soziale und kulturelle Einrichtungen streicht, sorgt dafür dass es den Menschen in unserer Gesellschaft, die nicht im Luxus leben, noch schlechter geht und nimmt ihnen die Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln und sich zu engagieren. Er/Sie treibt diejenigen, die sich um ihre Grundversorgung (und die ihrer Familie) kümmern müssen, in die gesellschaftliche Isolation. Bestenfalls lässt sich dabei nur die Frage stellen, ob dies beabsichtigt ist oder aus Unkenntnis geschieht. Ehrlich ist es auf jeden Fall nicht: Wir leben in keinem armen Land und keiner armen Stadt. Es ist eine politische Entscheidung, wofür Geld ausgegeben wird und wofür nicht. Der Staat schenkt großen Konzernen

die Steuer; zur Kasse gebeten werden wir. Die Stadt streicht und "spart" nicht in allen Bereichen; für den Ausbau der Neuen Messe ist anscheinend Geld genug da. Es ist eine Frage der Prioritätensetzung, was wichtiger ist; der kostenlose Zugang zur Stadtbibliothek oder die Gedenkplakette für einen OB sind kleine Beispiele für eine Verteilungspolitik in Freiburg.

Mariageorgia Bootz



Am 3. April demonstrierten in Stuttgart 150.000 gegen Sozialabbau. Aus Freiburg kamen 1500 TeilnehmerInnen

## Ladenöffnung nachts und sonntags? NEIN!

Auch in Freiburg hängen die Handelskonzerne über ihre Geschäftseingänge diverse exotische Namen, aber die klingenden Münzen fließen auf nur wenige Bankkonten: Real Haid, Media-Markt Haslach, Saturn Schwarzwald-City, Kaufhof Kajo: alles METRO; Penny-, HL-, Pro-Markt-Filialen: alles REWE, diverse Mode-, Schuh- und Schmuckgeschäfte der Innenstadt: alles Karstadt Quelle, Parfümerien Douglas, Juwelier Christ, Buchhandlung Herder: alles Douglas Holding. Bei vielen kleineren Einzelhändlern Neueröffnung, Insolvenz, Ausverkauf: Der Konsummarkt wird immer enger, die Grundstückspreise bewirken das ihre. Nach der letzten Ausdehnung der Samstags-

öffnungszeiten auf 20 Uhr schließen in der Innenstadt die großen Kaufhäuser und einige Filialisten nun erst um 20 Uhr; die mittelständischen Geschäfte und kleinen Fachhändler je nach Entfernung von den teuren Toplagen um 18 oder 16 Uhr. Die versprochenen Arbeitsplätze und Umsätze hat's nicht gebracht. Den meisten Menschen fehlt immer mehr schlicht das Geld, nicht die Zeit zum Einkaufen. In Freiburger Stadtteilen wie Weingarten, Brühl - Industriegebiet, Haslach - Gartenstadt wird die gerade für Familien und ältere Bewohner wichtige kleine Infrastruktur gefährdet. Im Sinne der Kaufhofklage auf Sonntagsöffnung in Berlin will Wirtschaftsminister Cle-

ment nun "Bürokratieabbau" durch faktische Abschaffung der verbliebenen Schutzrechte im Ladenschlussgesetz: Ladenöffnung rund um die Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen heißt die gemeinsame Parole. Die Gewerkschaft ver.di hat erbitterten Widerstand angekündigt.

Was bedeutet das für uns? Bis zum Herbst sind durch die "Freiburger Lösung" zwischen ver.di, Einzelhandelsverband und Gemeinderat Sonntagsöffnungen ausgeschlossen. So oder so wird von Bedeutung sein, wie sich die neuen GemeinderätInnen im Rathaus wie auch in ihren Parteien zum Thema Ladenschluss verhalten. Ulrike Schubert

## Bildung darf keine Ware werden!

Noch Ende der 60er Jahre wurde das Bildungssystem unter dem Druck der Studentenbewegung massiv ausgebaut. Dies ermöglichte zunehmend auch Kindern aus unteren sozialen Schichten ein Studium. Mit den zunehmenden Krisen der Wirtschaft begann der Angriff auf die Errungenschaften der 68er. Während die Ausgaben für Hochschulen sanken, verdoppelte sich die Zahl der Studierenden. Ein Problem des Bildungswesens ist ständiger Geldmangel. Nicht zuletzt als Folge der Steuerreform 2000 gingen die staatlichen Einnahmen massiv zurück, im wesentlichen zugunsten von Firmen wie Deutsche Telekom, RWE, Bayer und Vodafone. Die Reaktion der Politik sind größere Schulklassen, Studiengebühren und die Einführung

von Elite-Unis. Dies führt zu einer sozialen Auslese. Der Anteil der Studenten aus den reichsten Elternhäusern stieg von 1982 bis 2000 von 17 auf 33%, aus den ärmsten Familien sank er von 23 auf 13%. Studiengebühren führen zu weiterer Verschärfung dieser Entwicklung; deshalb streikten im Winter bundesweit zehntausende Studierende, vor allem gegen deren Einführung. Schulen und Hochschulen sollen noch mehr als bisher "Zulieferbetriebe" für die Wirtschaft werden. Beim European Roundtable of Industrials (ERT) heißt es, daß "Kinder ab dem ersten Schuljahr mit dem Konkurrenzkampf konfrontiert und dadurch geschult werden, um den Wettbewerb um soziale Privilegien kennenzulernen." Ziel ist es, Unis durch Wettbewerb um staatliche Förderung, Drittmittel

aus der Industrie und zahlungskräftige Studenten in profitorientierte Unternehmen zu verwandeln.

Verlierer dabei sind Angestellte im Lehrbetrieb, Schüler und Studierende. Diese sollen Bildung aus eigener Tasche finanzieren. Und: studentische Interessenvertretung hat in privaten Bildungsunternehmen keinen Platz. Wir brauchen - statt Elite-Unis, Studiengebühren und längeren Arbeitszeiten für LehrerInnen - die Streichung teurer Rüstungsprojekte und die Einführung der Vermögenssteuer, um angemessene Bildung sicherzustellen. Bildung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, und ein System, welches auf Profit und Konkurrenz aufgebaut ist, stehen sich unvermeidbar gegenüber.

Julia Brouwer und Dirk Spoeri

### Impressum

Herausgegeben von Linke Liste - Solidarische Stadt, Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg, www.lisst.de, mail: info@lisst.de Auflage: 10.000

Wir danken Ulrike Höllwarth (Grafik), Jürgen Baumeister (Satz) und der Druckerei April und Tochter für die gute und geduldige Zusammenarbeit.

Die Redaktion: Martin Klaus, Maria Michelangeli, Michael Moos, Gianfranco Rizzuti



## Die KandidatInnen

|    |   |  |              |
|----|---|--|--------------|
| 01 | <b>Michael Moos</b> Rechtsanwalt  | Stadtrat Linke Liste, Vorsitzender der bad.-Württ. Strafverteidigervereinigung | Haslach      |
| 02 | <b>Hendrikk Guzzoni</b> Lieferfahrer, Altenbetreuung                    | Stadtrat Linke Liste, DKP, Frbg. Sozialforum                                   | Rieselfeld   |
| 03 | <b>Ulrike Schubert</b> Buchhändlerin                                    | Betriebsratsvorsitzende, ver.di  | Vauban       |
| 04 | <b>Mariageorgia Bootz</b> Geschäftsführerin, Studium, Altenpflege       | Linke Liste, Geschäftsführerin LL/UF, GEW, VVN-BdA                             | Stühlinger   |
| 05 | <b>Gianfranco Rizzuti</b> Sozialreferent                                | Ausländerbeirat, Frbg. Sozialforum   | Wiehre       |
| 06 | <b>Bobby Jürgen Glatz</b> Architekt                                     | Quartiersbeirat u. Stadtteilzentrum Vauban, Haus 37, SUSI, DIVA                | Vauban       |
| 07 | <b>Julia Brouwer</b> Studentin  | SEATTLE, u-asta  | Lehen        |
| 08 | <b>Aniela Schneider</b> Kauffrau (arbeitslos)                           | Frauen in Schwarz, Queerer Runder Tisch  | Stühlinger   |
| 09 | <b>M. Pilar Buesa y Blanco</b> Dozentin                                 | Vorsitzende des Ausländerbeirats   | Wiehre       |
| 10 | <b>Dirk Spöri</b> Student   | Linksruck, attac   | Landwasser   |
| 11 | <b>Annette Michaelis</b> Dozentin                                       | attac, Freiburger Sozialforum  | Zähringen    |
| 12 | <b>Achim Stober</b> Arzt  | MediNetz, die alternative  | St. Georgen  |
| 13 | <b>Werner Siebler</b> Betriebsrat                                       | ver.di, Linke Liste  | Wiehre       |
| 14 | <b>Martina Mosthaf</b> Ausländerpädagogin                               | Mitgl. im Verkehrsausschuss, VCD   | Littenweiler |
| 15 | <b>Gregory Mohlberg</b> Student   | PDS, [solid], GEW, JEF, IDAV, DGVN   | Betzenhausen |
| 16 | <b>Erwin Czarzynski</b> Dipl. Pädagoge                                  | Personalrat Uniklinik, Frbg. Sozialforum, Beirat Forum Vauban, ver.di, FARBE   | Wiehre       |
| 17 | <b>Heidrun Maitreau</b> Lehrerin  | Frbg. Sozialforum, Stadtteilarb. Forum Vaub.                                   | Vauban       |
| 18 | <b>Uta Spoeri</b> CTA   | attac, Linksruck, Bl geg. Sozialabbau, ver.di                                  | Landwasser   |
| 19 | <b>Alexander Grede</b> Schüler, PSJ                                     | Jugendrat, Linksruck   | Haslach      |
| 20 | <b>Fausta Carli</b> Angestellte   | Ausländerbeirat  | Herdern      |
| 21 | <b>Günter Max Heinke</b> Sozialarbeiter                                 | VVN-BdA, Friedensforum   | Opfingen     |
| 22 | <b>Marlu Würmell-Klauss</b> Lehrerin                                    | Vorsitzende des Wiwili-Vereins   | Rieselfeld   |
| 23 | <b>Martin Klauss</b> Lehrer   | Linke Liste, SUSI, CFS   | Rieselfeld   |
| 24 | <b>Karl-Heinz Klingberg</b> Großhandelskaufm.                           | ver.di   | Betzenhausen |
| 25 | <b>Jutta Guhl</b> Sozialarbeiterin                                      | Gemeinwesenarbeit  | Haslach      |
| 26 | <b>Dr. Bernd Wagner</b> Wiss. Angestellter                              | IG BCE, DKP, VVN-BdA   | Herdern      |
| 27 | <b>Nikita Karavaev</b> Schüler  | Jugendrat, SDAJ, DKP   | Beurbarung   |
| 28 | <b>Thomas Vitalowitz</b> EDV-Experte                                    | ver.di   | Stühlinger   |
| 29 | <b>Birgit Frauenhammer</b> Hausfrau                                     | Mütterzentrum  | Littenweiler |
| 30 | <b>Semistan Mustafa Koc</b> Sozialarbeiter                              | Migration, Türkei-Kurdistan-Komitee  | Stühlinger   |
| 31 | <b>Marina Noussan</b> Dozentin  | Vorsitzende „In Piazza“  | Wiehre       |
| 32 | <b>Jorge Lizama</b> Kfz-Mechaniker                                      | Wiwili-Verein  | Haslach      |
| 33 | <b>Clemens Hauser</b> Dipl. Pädagoge                                    | Ausländerbeirat, AK Medien   | Wiehre       |
| 34 | <b>Alraune Babsi Bank</b> Köchin  | AK Frauen Weingarten   | Weingarten   |
| 35 | <b>Betty Lauck-Ndayi</b> Fremdsprachensekr.                             | AK Frauen Weingarten   | Weingarten   |
| 36 | <b>Clemens Back</b> Dipl. Pädagoge                                      | Stadtteilarbeit Rieselfeld   | Vauban       |
| 37 | <b>Andrea Forsthuber</b> Dipl. Chemikerin                               | DKP, NIF, Queerer Runder Tisch, Linke Liste                                    | Haslach      |
| 38 | <b>Rolf Hambrecht</b> Gastwirt  | Queerer Runder Tisch   | Weingarten   |
| 39 | <b>Maria Flender</b> Krankenschwester                                   | Linke Liste  | Oberau       |
| 40 | <b>Bernd Kirchhoff</b> Verkäufer  | Linke Liste, FARBE, VCD  | Haslach      |
| 41 | <b>Dr. Immo Kirsch</b> Architekt  | Agenda 21, Stadtentwicklung  | Stühlinger   |
| 42 | <b>Holger Kapp</b> Sozialarbeiter                                       | Jugendkultur   | Stühlinger   |
| 43 | <b>Heinz Auweder</b> Buchhändler  | Buchladen Jos Fritz  | Herdern      |
| 44 | <b>Birgit Reichinger</b> Germanistin und Historikerin, Sachbearbeiterin | VVN-BdA  | Stühlinger   |
| 45 | <b>Inge Tritz</b> Dipl. Sozialarbeiterin                                | Altstadträtin Linke Liste  | Hochdorf     |
| 46 | <b>Dr. Werner Schätzle</b> Meteorologe                                  | Altstadtrat Linke Liste  | Wiehre       |
| 47 | <b>Michael Berger</b> Historiker  | Spechtpassage, Ökobankbewegung   | Lehen        |
| 48 | <b>Winfried Cordi</b> Programmierer                                     | Linke Liste  | Stühlinger   |

KandidatInnen und MitarbeiterInnen der Linke Liste - Solidarische Stadt (lisst)

### Wir danken

den Spenderinnen und Spendern, die die Herausgabe dieser Zeitung möglich gemacht haben!

### Wir bitten

um weitere Spenden auf unser Konto bei der Sparkasse Freiburg  
BLZ 680 501 01, Kto. Nr. 121 183 99

Spendenbescheinigungen werden auf Wunsch zugesandt.

## Gespräch mit dem DGB-Kreisvorsitzenden Jürgen Höfflin

**liss:** Kannst Du aktuelle Beispiele von Arbeitsplatzvernichtung in unserer Region berichten?

**Jürgen Höfflin** Der größte Stellenabbau in Südbaden erleben wir im Augenblick bei einer Chemie-Firma in Grenzach, die grenzüberschreitend 1000 Arbeitsplätze im hochqualifizierten Bereich abbaut. Das ist die Fa. DSM (ehem. Roche), die in der Vitaminbranche massiv Stellen abbaut. Ein aktuelles Beispiel aus Freiburg ist die Firma Fortschritt. Aber auch im nicht so hoch qualifizierten Bereich, wie bei der Firma Ganter in Waldkirch (Schuhproduktion), erleben wir diesen negativen Trend. Kurz gesagt, keine Branche bleibt gegenwärtig vom Stellenabbau verschont.

**liss:** Was ist nach der "Agenda 2010" das Schicksal von Arbeitern/Angestellten, die ihren Arbeitsplatz verlieren?

**Jürgen Höfflin** Wir haben in Freiburg

allein um die 3000 Arbeitslosenhilfempfehlungen, die im Schnitt derzeit € 570,- pro Monat erhalten. Mit der neuen Regelung werden sie nach einer Übergangszeit nur noch € 346,- pro Monat erhalten. Das hat aber nicht nur für die Personen im Einzelnen ein verheerendes Schicksal zur Folge, sondern auch der Wirtschaft wird Kaufkraft entzogen, und das untergräbt den wirtschaftlichen Kreislauf und vernichtet weitere Arbeitsplätze.

**liss:** Was sind die Auswirkungen für diejenigen, die noch in Arbeit bleiben?

**Jürgen Höfflin** Der Druck auf unsere Arbeitsstandards nimmt immer mehr zu. Die Angriffe auf die Tarifautonomie, auf die Tarifverträge werden verstärkt. Ziel der Arbeitgeber ist es ganz eindeutig, sämtliche erkämpften Standards zu ihren Gunsten zu verändern.

**liss:** Was könnte eine Gegenstrategie

sein, was könnte dazu führen, dass die Menschen wieder die Momente der Solidarität, des gemeinsamen Kämpfens, als für sich selber notwen-dig erkennen?

**Jürgen Höfflin** Wir erleben in einzelnen Betrieben, dass dort eine solche Entwicklung stattfindet. Paradebeispiel ist die Uni-Klinik hier in Freiburg. Das Land Baden-Württemberg will die Tarifverträge auflösen, seit Jahren wird dort versucht, die Arbeitsstandards zu senken. Gerade in der Uni-Klinik haben wir massiven Mitgliederzugewinn und ich denke, auch die Massen-demonstrationen am 03. April gegen Sozialabbau haben gezeigt, dass die Menschen realisiert haben, dass die herrschende Politik gegen sie läuft und dass sie nicht mehr bereit sind, das hinzunehmen. Ich hoffe, dass dies auch bei Wahlen seinen Ausdruck findet.

Ich danke Dir für das Gespräch.

Das Gespräch mit Jürgen Höfflin führte Michael Moos.

## "Seltsame Sprachlosigkeit"

Leserbrief zur Ansiedlung eines Discounters im Rieselfeld abgedruckt in der BZ am 8.4.04

Wie weit müssen sich die Freiburger Grünen inzwischen von ihren ökologischen Wurzeln entfernt haben, wenn sie gegen den Willen der meisten Anwohner und eines großen Teils der RieselfelderInnen mithelfen, eine als öffentlicher Platz ausgewiesene Fläche für Auto-Parkplätze zu opfern; wenn sie gegen alle Proteste einem Discounter den Zuschlag geben, der in vielfältiger Weise deutlich macht, dass es Verkaufsstrategie ist, zusätzlichen Auto-Einkaufsverkehr ins Stadtviertel - sprich: mitten ins Wohngebiet - lenken zu wollen!

Vielleicht liegt in dieser Spannung zwischen früheren Ansprüchen und heutiger Realität eine Ursache dafür, im Gemeinderat Herrn Moos (Linke Liste) in eigenartiger Weise heftig zu beschimpfen, der nichts anderes versuchte, als im Rahmen der Diskussion die Argumente der besorgten BürgerInnen vorzutragen. Nach dem bekannten Prinzip: "Wem die Argumente ausgehen, der beginnt, (in diesem Fall verbal) um sich zu schlagen".

Eigenartig auch die seltsame Sprachlosigkeit des Herrn Friebe (Grüne) wie auch anderer Gemeinderäte bei der letztjährigen, mit mehr als 300 RieselfelderInnen äußerst gut be-

suchten Bürgeranhörung: trotz direkter Aufforderung waren diese nicht bereit, reinen Wein darüber einzuschenken, dass sie sich von der deutlichen Mehrheit der anwesenden Menschen nicht werden beeindrucken lassen und stattdessen nach eigenem Gutdünken für die Lidl-Ansiedlung einschließlich der 60 Parkplätze stimmen werden. Wie schön wäre es doch für uns alle, wenn das Reden vieler politisch Verantwortlicher von Bürgerbeteiligung sich nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit als leere Hülse entlarven würde.

Martin Klauss, Rieselfeld

die alternative: **liss** in den Gemeinderat!